

**Rede
des Sprechers gegen Rechtsextremismus**

Deniz Kurku, MdL

zu TOP Nr. 33b

Fragestunde

**Ist die Gefährdungslage in Niedersachsen in Bezug
auf den Rechtsextremismus und auf die
sogenannten Feindeslisten gestiegen?**

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/4818

während der Plenarsitzung vom 25.10.2019
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

die so genannten Feindes- oder Todeslisten fügen sich nahtlos ein in eine Diskussion, die wir leider führen müssen.

Rechtsextremisten erstellen Listen mit Namen und Anschriften ihrer Gegner und stellen diese ins Internet, wo sie kursieren. Über die Gefährlichkeit, und was das für Betroffene bedeuten kann, brauche ich an dieser Stelle keine weiteren Ausführungen machen. Zusätzlich zu den schon dargestellten Bedrohungen schickt dann noch ein AfD-Landtagsabgeordneter Baden-Württembergs die Liste einer rechtsextremen Hackergruppe an AfD-Anhänger, behauptet, die Namen gehören zu „Antifa-Mitgliedern“, und fordert auf, gezielt nach Menschen aus dem eigenen Umfeld zu suchen und diese zu denunzieren. Ein Beispiel, das unwürdiger kaum sein kann.

Ich führe es an, um zu zeigen, was für Auswüchse zusätzlich zu der eigentlichen Bedrohung das Ganze haben kann. Und vielleicht kann ja die AfD sich endlich mal konstruktiv beteiligen und im Kampf gegen Extremismus vor der eigenen Tür und im eigenen Haus kehren. Da fallen mir auch eine ganze Menge weiterer Baustellen ein, die Sie so haben in Baden-Württemberg, Niedersachsen und eigentlich überall. Aber ehe wir gleich wieder bei Hisbollah, Antifa, Sozi-Bubis, Passdeutschen oder sonst wo sind und Sie sich mit Ihrer aufgebauten Kamera da hinten als letzten Retter Deutschlands zu inszenieren versuchen, sei eines noch gesagt, Herr Ahrends: Wir reden ja bei uns in Niedersachsen so ziemlich genau, seitdem Ihre Fraktion im Landtag ist, über die Gefahren der vergifteten Sprache und den Nährboden für Gewalt, einen Boden, den auch Sie wieder und wieder kultivieren.

Wir sind ja einiges gewohnt, aber Sie haben es selbst nach der Schweigeminute für die Opfer von Halle und vor der gemeinsamen Resolution wieder geschafft, die Unwürdigkeit Ihrer Fraktion zu beweisen. Gemeint sind Ihre Ausführungen im Zusammenhang zu anderen Gewaltopfern, Zitat: „Das haben die Muslime fertiggebracht“, oder auch die Verallgemeinerung „arabische Terroristen“ – fragen Sie sich eigentlich nie, ob es an der Zeit wäre, über politische Verantwortung

nachzudenken? Von Neonazi-Feindeslisten auf die AfD zu kommen, hat seine Berechtigung, und an dieser Stelle nichts mit organisationalen, personellen oder sonstigen Verstrickungen und Ihren Problemen mit dem Verfassungsschutz zu tun.

Es geht um die gefährliche Verbindung: Extremisten, die feinsäuberlich Buch über ihre Gegner führen, ein paar rechte Vordenker für den Intellektuellen und dann Sie, die hier mit Ihrem längst abgeplatzten bürgerlichen Lack versuchen, zu spalten, um daraus Profit zu schlagen. Das ist genau der gefährliche Cocktail, den wir immer meinen, wenn wir sagen, aus Worten werden Taten. Und damit meine ich nicht alle AfD-Wähler und auch nicht alle, die in der AfD aktiv sind. Aber Ihre Haltung, und dann noch meinen, Sie wären konservativ. Da sag ich ganz eindeutig: Das ist wahrlich eine Beleidigung für den deutschen Konservatismus – das sag ich als Sozialdemokrat.

Sicher durchschauen das die Niedersachsen.

Die Nordkreuz-Listen, Nürnberg 2.0, „Anti-Antifa“ und andere Listen führen Menschen auf – und das ist das Gefährliche.

Allein die Anfertigung solcher Listen, wozu auch immer, ist aufs Schärfste zu verurteilen. Die Existenz in diesen Kreisen führt zu einer abstrakten Bedrohung. Unterschiedliche Zusammenstellungen ergeben unterschiedliche Bewertungen. Während einige Menschen genannt werden, weil sie sich besonders für andere einsetzen, werden die Adressen anderer „abgefischt“, weil sie eine Resolution unterschrieben haben oder Kunden eines Punkrock-Labels sind. Darüber hinaus gibt es Listen mit potentiellen Anschlagzielen. Für uns steht fest, dass es die Landespolizei, das Landeskriminalamt, die Verfassungsschutzbehörde, aber auch das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz, unsere Sicherheits- und Ordnungsbehörden sind, deren Aufgabe es ist, genau hinzuschauen und eine Bewertung darüber vorzunehmen, wann eine Bedrohungslage abstrakt ist, und wann konkret. Aus gutem Grund sieht unsere Sicherheitsarchitektur im föderalen System eine Verzahnung zwischen Bundes- und Landesbehörden, aber auch Landesbehörden untereinander vor.

Schuldzuweisungen an Behörden helfen nicht weiter. Ziel muss sein, dass diese Verzahnung noch enger wird. Wir dürfen auf keinem – auf wirklich keinem Auge – blind sein, unser aller Blick muss stets wach sein.

Die Fehler im Umgang mit dem NSU-Terror sind Mahnung für uns alle und dürfen sich nicht wiederholen. Das sind wir allen Opfern und uns selbst schuldig.